



10. Mai 2022 | Decarbonizing the European Union – who will pay the bill?

Ann Pettifor: Öffentliche Investitionen steigern die Beschäftigung, erhöhen die Steuereinnahmen und zahlen die Rechnung

Die Botschaft von Ann Pettifor war klar: Die Gesellschaft kann sich Investitionen, die keine Beschäftigungseinkommen schaffen, nicht mehr leisten. Denn mehr Arbeitsplätze schaffen letztlich mehr Steuereinnahmen, die die öffentlichen Investitionen zurückzahlen und Wohlstand schaffen. Das bedeutet, dass die Steuereinnahmen nicht erst benötigt werden, um die Finanzierung des grünen Übergangs in Gang zu bringen, sondern dass sie durch Investitionen in den grünen Übergang bereits jetzt wachsen können. Zu strenge Steuervorschriften behindern die Wirtschaft, erhöhen die Arbeitslosigkeit und tragen zum Aufstieg rechter Parteien in Europa bei. Stattdessen kann eine Lockerung der Steuervorschriften die Regierungen in die Lage versetzen, Kredite für wichtige Investitionen zur Bekämpfung der (Klima-)Krise aufzunehmen und eine Gesellschaft zu schaffen, die allen zugute kommt, auch künftigen Generationen.

Zsolt Darvas: Wie können grüne öffentliche Investitionen erhöht werden, wenn eine Haushaltskonsolidierung erforderlich ist?

Zsolt Darvas betonte das Dilemma, dass die EU-Vorschriften einerseits eine Haushaltskonsolidierung (Verringerung der Defizite bei den Staatsausgaben) auch in Krisenzeiten vorschreiben. Auf der anderen Seite werden dringend mehr öffentliche Ausgaben benötigt, um die Klimakrise zu bekämpfen. Er stellte drei Optionen zur Lösung dieses Konflikts vor: Erstens die Lockerung der EU-Finanzvorschriften (z. B. Lockerung der 3 %-Regel für das Primärdefizit und der 60 %-Regel für die Verschuldung im Verhältnis zum BIP). Er fügte jedoch hinzu, dass dies schwer zu verwirklichen sei, da ein Konsens aller Mitgliedsstaaten erforderlich sei, um den europäischen Vertrag zu ändern, was politisch nicht machbar sei. Die zweite Option ist die Einrichtung eines zentralisierten EU-Fonds für grüne Investitionen durch EU-Anleihen. Und drittens die Anwendung einer "Grünen Goldenen Regel", die grüne öffentliche Investitionen von den EU-Steuerregeln ausnimmt. Er bevorzugt eindeutig die dritte Option.

Philippa Sigl-Glöckner: Änderung der zweiten Ebene der Gesetzgebung

Philippa Sigl-Glöckner stimmte zu, dass beträchtliche Investitionen erforderlich seien, räumte aber auch ein, dass die EU-Länder im Rahmen der derzeitigen EU-Gesetzgebung aufgrund der bereits hohen Verschuldung nicht viel Spielraum hätten. Daher schlug sie drei Aktualisierungen der fiskalpolitischen Vorschriften der EU vor, die keine Vertragsänderung, sondern eine Änderung der zweiten Ebene der Rechtsvorschriften und der zugrunde liegenden Berechnungsmethoden erfordern. Erstens: Ausschluss von Zinszahlungen aus der 3 %-Regel für das Primärdefizit. Zweitens: Aktualisierung der zugrundeliegenden Berechnungen darüber, was sich die Volkswirtschaften der EU-Länder leisten können, und damit Erhöhung ihrer Fähigkeit, Schulden zu machen. So sollte beispielsweise die Tatsache berücksichtigt werden, dass Frauen heute viel stärker am Arbeitsmarkt beteiligt sind als noch vor 50 Jahren. Drittens sind die Bedingungen für die öffentlichen Ausgaben in Italien ganz anders als in Deutschland. Durch eine Angleichung der Finanz- und Geldpolitik zwischen der EU und der nationalen Ebene ist es möglich, die Unterschiede bei den Zinszahlungen zwischen den Mitgliedstaaten zu verringern.

Drei Erkenntnisse aus der Diskussion mit dem Publikum

- Grüne Investitionen bergen das Risiko einer sektorspezifischen Inflation. Nichtsdestotrotz sind steuerliche Investitionen erforderlich.
- Fiskalpolitik ist politisch! Wenn die Steuervorschriften zu streng sind, können die Länder keinen Wohlstand in Form von Arbeitsplätzen, einer intakten Umwelt und bezahlbarem Wohnraum schaffen. Ein Mangel an diesen Faktoren könnte Rechtspopulismus schüren.
- Änderungen in der Gesetzgebung sind eine politische Entscheidung. Gesetze können gebrochen und geändert werden. Corona-Anleihen waren während der Pandemie möglich.